

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
11 (1897)**

111 (14.5.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-260555](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-260555)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (inkl. Frachtporto) 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; auch die Post bezogen (Postzeitung für Nr. 5290) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., monatlich 70 Pf., ertl. Beleggeld.

Redaktion und Expedition:
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Anschluss Nr. 58.

Inserate werden die fünfspaltige Corpusspalte oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 111.

Montag, Freitag den 14. Mai 1897.

11. Jahrgang.

Das große Pariser Brandunglück.

Das furchtbare Brandunglück im Wohlthätigkeitsbau zu Paris hat für eine Weile alles politische Interesse in den Hintergrund gedrängt und in allen Kreisen lebhaftes Trauer- und Theilnahme erweckt, die sich bei der Trauerfeier am Sonnabend noch besonders in der lebhaften Theilnahme hoher Persönlichkeiten zeigte. Angefichts solcher tragischen Ereignisse schweigen die nationalen, Klassen- und Klassenfragen; wie die Freude, von der es heißt: „Seine Trauer binden wieder, was die Mode streng getheilt, alle Menschen werden Brüder, nur kein sanfter Rittig weilt.“ läßt auch das Leid über die furchtbaren Schranken der Konvention hinweggehen; und wie die Elemente, die das Gebild der Menschheit und den Mensch selbst haften, lenkt auch die Menschlichkeit, das Mitleid, keinen Unterschied. Darum sind wir weit entfernt, die unglücklichen Opfer der entsetzlichen Katastrophe und ihre Hinterbliebenen weniger zu betrauern, weil sie zum größten Theil der hohen Aristokratie und vornehmen Welt angehören. Und darin lassen wir uns auch nicht durch den Umstand beirren, daß dieselbe Preße, die den schrecklichen Ereigniß so eingehendes theilnahmewolles Interesse widmet, ähnlichen Fällen, denen Proletarier zum Opfer fallen, z. B. Explosionen, schlagende Wetter, nur dürftige, trodene Notizen zu widmen pflegt, als ob das nur einmal zum Lauf der Welt gehören würde.

Die Kultur, die in ihrem stofflich fortgeschrittenen Singsang die Gefahren vernichtet und beiseite räumt, womit der Mensch von den Naturgewalten bedroht ist, schafft wiederum eine Reihe neuer, den Naturmenschen unbekannter Gefahren. Das Pariser Unglück ist, durch die mit explosivem Brennmaterial (Cryogen und Aether) gefüllte Lampe entzündet. Dergleichen Explosionen chemischer Präparate haben schon Oxfordomben von Menschenopfer gefordert. Weit größer noch sind die Unglücksfälle durch Maschinen in Fabriken, auf Eisenbahnen, in Bergwerken, auf Baugeländen, in der Schiffahrt. Gifte, nicht von der Natur, sondern von der Wissenschaft in's Dasein gerufen, haben schon Tausende dahingerafft. Und wer zählt die Opfer jener mikroscopischen Keimzellen der Gesundheit, womit die Luft in den Großstädten zufolge massenhaften Zusammenbrängens der Menschen gefahrvoll ist, oder die Opfer der giftigen Dünste verschiedener Art in Fabriken und Werkstätten?

Rephosphores, der sich gegen Faust ärgerlich darüber ausläßt, daß er den „verdammten Menschenbrut“ trotz „Wellen, Stürmen, Schütteln,

Brand“ nichts anzuhaben vermag, kann sich heutzutage, im Zeitalter der Chemie und der Maschinen, wahrhaftig nicht beklagen. Das Leben des modernen Menschen ist von weit mehr Gefahren bedroht, als dasjenige der Naturmenschen, vielfach sind nicht bloß Einzelne, sondern Massen die Betroffenen. Eine falsche Weichenstellung, eine Nachlässigkeit im Gasbeleuchtungsapparat kann Hunderten verhängnisvoll werden.

Es verhält sich damit ähnlich wie mit den Erfindungsbedingungen. Die Kultur hat dieselben in hohen Maße erleichtert, mit den Hilfsmitteln der Wissenschaft und Technik gewinnt die heutige Generation der Natur eine früher nie auch nur geahnten Reichthum an Lebensmitteln und Komfortartikeln aller Art ab. Und doch hat sie wiederum für die Massen die Existenz ungemein erschwert und ein Elend geschaffen, wie es kaum jemals dagewesen.

Wiel Licht, viel Schatten.
Aber je höher die Sonne am Himmel emporsteigt, desto früher werden die Schatten, und den Orten, die die Sonne im Zenith haben, sind die Schatten vollständig verschwunden.

In der ökonomischen Welt vermindert sich die Noth der Massen, je mehr wir uns dem Sozialismus nähern, in dessen Zenith Noth und Elend ausgeschlossen sind.

Die Gefahren aber, die erst die Kultur herausbeschwört, lassen sich leicht und sicher verbüßen durch geeignete Vorkehrungen.

Daß in Paris die allernothwendigsten Vorkehrungsregeln unterblieben sind, wird von sämtlichen Blättern konstatiert. Der Vagabond besaß einige Spritzpumpe und sein einziger Feuerwehrrahmen war anwendbar. Auch hatte derselbe nur einen einzigen Ausgang, der zur Straße führte.

Wie ist es möglich, muß man fragen, daß die Bevölkerung und Leiter sich eine solche Fahrlässigkeit zu Schulden kommen lassen konnten? War es lediglich Leichtsin, wenn unverantwortliche Leichtsin, wie er besonders in den gemüthlichen Kreisen der Pariser Lebenswelt gebräuchlich ist, oder so auch an dem verständnis- und gefühllosen Verhalten der herrschenden Klasse gegen die sozialen Leiden des Proletariats nicht unbeteiligt ist? Hängt dieselbe vielleicht auch einigermaßen mit der Fahrlässigkeit und Anergie der Unternehmer in Bezug auf den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren im Betriebe zusammen? Ganz ausgeschlossen ist diese Annahme gewiß nicht. Würde man in den oberen Schichten von dem nöthigen Ernst und Eifer, Unglücksfälle in den Industriebetrieben von den Arbeitern nach Kräften abzuwehren, erfüllt sein, so würde man

es sicherlich ebenso wenig und noch viel weniger bei einer Veranstaltung leicht genommen haben, an der vornehmlich die eigenen Klammgenossen beteiligt waren.

Wenn die tragische Katastrophe in dieser Richtung eine Besserung herbeiführen würde, so hätte das weit mehr Werth, als die offiziellen Trauerfeierlichkeiten, bei denen so mancher Unsterblichkeit mitläuft. Bereits wird die Regierung von der „Canterne“ darüber getabelt, daß sie durch Veranstaltung einer kirchlichen Feier des Unfalls zu Gunsten der Konservationen und Klerrikalen auszubehuten sucht. Wir können nicht beurtheilen, ob und inwieweit hier der radikale Hochfirt zu schwarz sieht. Dem Kabinett Weisne habe es gleich und auch der Präsident Faure hat schon so manche reaktionäre Aeußerung gesagt, daß ihm eine solche politische Fruchtbildung des Unfalls wohl zugutkamen ist.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage. In die Dämmerstunde der zu Ende gehenden Session fiel gestern noch einmal ein helles Licht: die Beratung des Antrages unserer Fraktion auf Beseitigung der Majestätsbeleidigungsparagrafen im deutschen Strafgesetzbuch. Aus das sachliche Ergebnis der Verhandlungen sei an dieser Stelle nicht eingegangen. Nur auf einige Einzelheiten sei hingewiesen. Die stimmungsvolle Einleitung zu der Debatte war der Hinweis Singers auf die Polizeigezeiten, die auf den Jubeltrüben mit flüchtiger Deonomie vertheilt waren. Jede unbedachte Aeußerung mußte gehört werden und konnte Anlaß zur Anwendung der Paragrafen geben, über deren Beseitigung unten geschrieben wurde. Webers beinahe unverständige Rede wurde vom Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört. Er verstand es sehr geschickt, die Klappen des Ordnungsstrafes zu umgehen. Nur an einer Stelle unterbrach ihn der Präsident und auch dann erst, nachdem Herr v. Levetzow dringend mit ihm konferirt hatte. Die Jurisdiction des Präsidenten war offensichtlich. Er war auch in einer schwierigen Lage. Da jede Namensnennung von den Rednern vermieiden wurde, hätte sein Eingreifen ihren Worten erst den bestimmten offiziellen Bezug gegeben, der nach der chinesischen Gepflogenheit unseres Parlaments nun einmal nicht gestattet sein soll. Auch Liebkecht, der das Schlußwort hatte, kam nicht ohne Ordnungsruf davon. Auch er konnte den Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß er nur bedingungsweise gesprochen hätte und hatte damit

die Lächer auf seiner Seite. Unter den Rednern der anderen Parteien ragte nur Winkel hervor. Er sprach so witzig und pointirt, wie seit langer Zeit nicht mehr, und wenn er auch nur Nebenstücke austheilte, so trafen sie doch immer die richtige Stelle. — Einen Erfolg im parlamentarischen Wortsinne hatte der Antrag nicht, da das Zentrum gegen die Kommissionsberathung stimmte, wie es Herr Lieber, dieser laatzumännliche Kapuzen, für gehalten hatte. Um so tiefer wird die Wirkung der Verhandlungen draußen im Lande sein.

Für die Erziehung in Königsberg ist die Kandidatur Brömel gelassen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Zahl der Anhänger der freisinnigen Vereinigung sich nur auf wenige Personen beschränkt, und die Konservationen erklärt haben, daß die Unterlegung eines Kandidaten aus freihändlerischem Standpunkt für die konservative Partei nicht in Frage kommen könne.

König Stumm läßt in seinem Leihorgan, der „Saar- und Westfälische“, erklären, daß er bei der nächsten Reichstagswahl nicht wieder kandidiren werde. Herr v. Stumm hat schon Anfang der 80er Jahre einmal auf eine Kandidatur zum Reichstag verzichtet, weil ihm die Politik der Regierung allzu sehr mißfiel. Das wird jetzt schwerlich der Fall sein. Aber, vorausgesetzt, daß die obige Mittheilung sich bewahrheitet, hat er seine guten Gründe, von seiner Wiederwahlstellung abzusehen. Der Freiberger fühlte, daß er einen schweren Keimfall für die nächste Wahl erleben würde. Die Zentrumsmänner haben keine Lust, dem Industriekönig die Stetigkeit zu halten. Und die Sozialdemokratie hat im Wahlkreise des Herrn v. Stumm sehr große Fortschritte gemacht. Also die Trauben sind zu sauer! Uebrigens wird es gerade uns bedauerlich sein, den eifrigsten und wirkungsvollsten Agitator für unsere Partei aus dem Reichstage scheiden zu sehen! —

In Bezug auf die Kaiserdepeche, in welcher die Reichstagsmehrheit als „vaterlandlose Gesellen“ bezeichnet sein sollte, theilt das „Berl. Tagebl.“ mit, die Befragung des „Kaiser Wilhelm“ habe strengen Befehl erhalten, über den Inhalt der Depeche des Kaisers an den Vringen Heinrich keine weitere Mittheilungen zu machen. — „Wenn das richtig ist“ — meint die „Germania“ — „so wird man auch daraus die näherliegenden Schlüsse ziehen müssen, selbst in den Kreisen der konservativen „Rörgler“, welche in den vorausgegangenen Sessionen des Reichstages nach der Parole „kein Ramis, keine Röhne“

Wahn und Wirklichkeit.

Noman von W. Höfner (E. Börschläger).

3) — Rothraud verboten.
„Keineswegs“, sie ist vielmehr selbst in Altrode gewesen, um dort nach Belieben alle Winkel des alten Hauses zu durchsuchen; sie hat eine ganze Untersuchungskommission in Bewegung gebracht und den Proceß bis zur letzten Prüfung verfolgt, aber natürlich umsonst, denn alle ihre Behauptungen sind falsch. Wir selbst schrieben sie seitdem unzulässige Briefe, die sämtlich unbeantwortet geblieben sind — und nun möchte sie das Spiel bei Ihnen aufs Neue beginnen. Aber ich warne Sie, mein Fräulein, geben sie der tänklichstigen Frau niemals Scher.“

Cittie faltete den Brief zusammen; ihr blaßes Gesicht zeigte die Schatten tiefer Wehmut.
„Das Geld“, sagte sie halbblau, „das leidige Geld! Wie mich Frau Wischer hassen mag! — Darum kümmern Sie sich gar nicht, Kind; durchaus nicht. Die Leute haben es niemals verstanden, sich mit dem Leben abzufinden; sie bauen Luftschlösser anstatt zu arbeiten; sie pinnen ihre verirrten Träume, anstatt sich, wie wir alle, eine Existenz zu gründen. Frau Wischer schreibt an Fürsten und Minister die konfusigen Auseinandersetzungen, aber für ihre Kinder zur Nähmaschine oder zum Kochtöfel zu greifen, fällt ihr nicht ein.“

Cittie trich langsam mit der Hand über das Gesicht. „Ich sehe der Unglücklichen ein

Bestimmtes aus“, sagte sie, „aber ihre Bekanntheit will ich vermeiden. Jetzt beginnt für mich das Glück des Lebens; da oben in den einsamen Bergen liegt meine Welt voll Sonnenschein und Heimglücksfrieden — weshalb sollte ich mir also die Unruhe zu Gaste laden? Ich will endlich, endlich besitzen, was mein ist.“

Der Justirath bot ihr die Hand. „Lassen Sie den Brief ganz unbeantwortet“, rief er. „Scheiden Sie der Dame etwas Geld und vergessen Sie den ganzen Zwischenfall. Möchten Sie glücklich werden, mein armes Kind.“

Sie sah ihn an; ihre Augen standen voll schwerer Thränen. „Zum zweiten Male nennen Sie mich arm“, bedrte es über ihre Lippen. „Weshalb das? Bin ich nicht reich? — Innerlichlich reich?“

„Adieu, Cttie, Gott beschütze Sie!“

Er ging, ohne ihre Frage beantwortet zu haben. Mit lose gefalteten, schlaff herabhängenden Händen stand das junge Mädchen und sah ihm nach. „Armes Kind!“ — hatte er gesagt. „Arm!“ — und sie glaubte sich doch reicher als Krösus, sie hielt nach ihrer Meinung alle Güter des Lebens als ihr Eigentum in der Hand, — alle, alle, — es fehlte kein einziges.

Und doch vielleicht eins: Sie war nicht schön, es mangelte ihr überhaupt die Gabe des festen, imponirenden Auftretens; sie würde niemals der Mittelpunkt einer Gesellschaft, nie die Hauptperson im eigenen Hause werden können, das wußte sie. Eine kleine, unbedeutende Erscheinung, nichts, als nur ein Herz voll Liebe erhielt

Hermann an seiner zukünftigen Frau, aber keine Dame, mit der er glänzen, um die er beneidet werden konnte.

Legte sich da etwas wie ein schweres Gewicht auf ihre Brust? Glaubte sie die Schatten des Verhängnisses heraufzuziehen zu sehen?

Thorheit, Thorheit. Hermann hatte nie ein Wort gesprochen, das auf irgend einen unerfüllten Wunsch hindeutete, weshalb also Zweifel hegen? Derartige Gedanken waren eine Beleidigung gegen den besten, edelsten aller Männer. Sie wollte nie wieder darauf zurückkommen, sicherlich nie wieder.

Aber doch war das Gleichgewicht ihrer Empfindungen tief erschüttert. Hätte doch der Justirath das ungeliebte Wort nicht ausgesprochen, — armes Kind.“

Arm, — sie arm.

Ja, sie war es gewesen. Als sie vor drei Jahren den Lieblingen kennen lernte, da griff ihr Vormund mit schonungsloser Hand hinein in den Liebesfrühling ihres Herzens; sie mußte einer fremden, strengen Herrscherin folgen und das deutsche Vaterland verlassen, um in weiter Ferne Hermann Rombergs Einfluß vollkommen entrückt zu sein; sie wurde von dem Manne ihres Herzens durch unübersteigliche Schranken getrennt und in jeder Minute scharf bewacht. Damals glaubte sie sterben zu müssen; sie war außer sich und kam hat an den Rand des Grabes, che ihre Jugend den schweren Schlag überwinden lernte. Ohne Hermann's Nähe leben, ohne geistigen Verkehr mit ihm überhaupt

das Dasein ertragen — es schien unmöglich. Gleich einer Irrenmännin ging sie umher.

Und dann, nach Monaten erhielt sie von ihm einen Brief. Schritt für Schritt hatte er den Weg bis zu ihr verfolgt, hatte am Orte eine unverdächtige Mittelsperson gefunden und schrieb nun:

„Was sagst Du? Laß den Herrn Justirath schalten und walten, wie er mag; seine Befugnisse erlöschen, sobald Du mündig geworden bist. Was sind denn auch drei Jahre? Lerne das Leben und die Menschen um Dich herum kennen, Schach, verbringe die Zeit so gut als möglich und sei versichert, daß es unter dem weiten Himmel keine Macht giebt, die mich von Dir trennen oder auf unsere Beziehungen einen Einfluß gewinnen könnte. Ich bin guter Dinge, sei Du es auch.“

Wie berauscht war sie damals gewesen, außer sich vor Seligkeit. Stundenlang hatte sie gelesen, immer wieder, mit immer neuem Glück, immer grenzenloser Freude. „Ich schreibe Dir jetzt regelmäßig“, hieß es in Hermann's Brief, „und ebenso häufig wirst Du mir antworten, nicht wahr? Mein Vertrauensmann ist sicher.“

Das Alles lang so ruhig, so suverän, es war in diesem ganzen Briefe keine Spur von Schmach oder Ungebill, von jenem Schmerz, der sich fruchtlos selbst verzehrt, weil es für ihn keine Heilung giebt. Hermann sprach von der Zukunft, als liege es einzig in seiner Hand, sie nach dem eigenen Willen zu formen und zu gestalten.

(Fortsetzung folgt.)

Neuforderungen für Kriegsschiffe abgelehnt aben.

Die neuen Geschäfte, für welche in dem vom Reichstage noch nicht erledigten Nachtragsetzt erst die Mittel zu bewilligen sind, sollen, wie verschiedene Blätter berichten, bereits fertig sein und zur Einführung bereit stehen, so daß sofort nach der Bewilligung der Summen seitens des Reichstages sämtliche Artillerieregimenter damit ausgerüstet sein würden. Ob es wohl ist, wissen wir nicht. Wenn aber, woher ist dann das Geld für die Kanonen gekommen?

„Nicht hiermütterlich behandelt“, so behauptet kürzlich der konservative Graf Koon im Reichstage, seien die Militärgeldlichen. Ihm stimmte der nationalliberale Abgeordnete Paasche bei. Jetzt fährt die „Allg. Ztg.“ in dieser Angelegenheit: Mit Spannung sah die gesamte Militärgeldlichkeit den Verhandlungen der Budgetkommission entgegen. Sie erwartete, daß endlich ihrem Notleid eine Ende gemacht würde, den sie seit mehr denn 20 Jahren geduldig ertragen in der Hoffnung, daß auch für sie einmal ein Tag der Gerechtigkeit kommen würde, an dem sie, außer, ein Stiefkind der Arme zu sein. Während nun die Kommission die anderen reichlich geliebten Militärbeamten mit einer reichlichen Aufbesserung bedacht hat, hat sie es für gut gefunden, den lang erkrankten Wunsch der Disziplinarbeamten, den ihnen im Rang gleichstehenden Disziplinarbeamten auch im Gehalt gleichgestellt zu werden, nicht nur nicht zu erfüllen, sondern auch trotz der warmen Fürsprache der Abg. Dr. Hammer (natl.), Graf Bernheim (Rp.), Graf von (A.) auf Veranlassung der Abgeordneten des Zentrums noch unter die überaus geringe Förderung der Regierung herunterschieben. Statt des bisherigen Höchstbetrags von 36000 Mk. nach zwölfjähriger Dienstzeit sollen ihnen künftig nicht 42000 Mk., sondern nur 39000 Mk. werden.“ — Das nationalliberale Blatt ist empört über diese „Ungeheuerlichkeit“, umfomehr, als Vertreter des Zentrums die „unerhörte Behauptung“ aufgestellt haben, „für die geringe Arbeit der Militärdienstleistungen ein Höchstgehalt von 36000 Mk. genügt.“ Wir gehen noch viel weiter und meinen, man konnte diese Ausgab überhaupt sparen. Es mußte feststehen, an wem von einem „Notleidende“ der Herren die Rede und von einem „Tage der Gerechtigkeit“, der ihrer „Noth“ ein Ende machen soll. Man erinnere sich der Sprache, die dasselbe Blatt den wirklich Notleidenden, den Arbeitern, gegenüber zu führen pflegt, wenn sie befristet sind, ihre tatsächlichen Hungerlöhne zu erhöhen.

Das Urteil gegen Dr. Peters wird, da der Herr Erz-Bischöflicher Kommissar nach London abgereist ist, durch Aushang an der Gerichtsstelle im Kammergerichts-Gebäude bekannt gemacht.

Koloniales Herrschaftsleben. Da der Dr. Karl Peters mit Schimpf und Schande aus dem Amte gejagt ist, ist es recht amüsan, von dem Schicksal jenes Dampfes zu hören, der seinen großen Namen trägt und zur Aufblüherung der Ufer des Viktorialaees bestimmt war. 1892 war dieser Dampf unter dem Jubel der Kolonialfreunde gebaut und mit erheblichen Kosten nach der ostafrikanischen Küste gebracht worden. Es stellen sich aber der Fortschaffung des Dampfes Hindernisse entgegen und er wurde in Bagamoyo in einem Schuppen untergebracht. Neuerdings sind nun wieder Versuche gemacht worden, was mit dem Petersdampfe zu machen sei, es hat sich aber ergeben, daß es unbrauchbar sei. Anstatt auf den Fluten des Viktorialaees unter Peters Leitung Ostthaten zu verrichten, liegt der Dampf im Schuppen. Ein Bruch wie sein gefandener Namegeher! Ein trautes Gähnen der Kolonialbegeisterten! — Das hindert aber die hoffnungsfreudigen „Groß-Deutschen“ nicht, die alten Theorien immerfort zu wiederholen. Wie die Mittheilungen aus der Abteilung Berlin der Deutschen Kolonial-Gesellschaft“ berichten, hat das Tanganika-Dampfer Komitee jetzt mit dem Bau eines Dampfes für diesen See begonnen; das genannte Blatt sagt: „Wir hoffen, daß, wenn er fertig ist, auch die zum Transport nötigen Mittel vorhanden sein werden.“ Es scheint also auch Gefahr vorzuliegen, daß ein alter Schuppen den Hafen des Tanganika-Dampfers bilden wird.

Jum Fall Kronz schreibt die „Voss. Ztg.“, die bekanntlich mit Unversittlichkeit enge Fühlung hat: „Die Forderungen, die der Kultusminister zum Fall Kronz in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. d. M. Gehan hat, sind vielfach dahin verstanden worden, daß er nicht die Absicht habe, eine Entfernung von der Unversittlichkeit eintreten zu lassen. Aus dem jetzt vorliegenden demographischen Bericht geht das Gegentheil hervor. Herr Boffe hat nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß der mangelnde feste Rechtsboden für ihn der einzige Grund ist, weswegen er sich in dieser Sache bisher unthätig gehalten habe. Daß dieser Rechtsboden dann einer eigenen Gesetzesvorlage geschaffen werden wird, hat der Minister mit aller Bestimmtheit im Aufsicht gestellt. Wenn also nach dieser Rede kein Zweifel darüber bestehen kann, daß wir demnach von der preussischen Regierung in der That den unerhörten Akt zu erwarten haben, daß ein Unversittlichkeitler bloß wegen seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei vom

Rathgeber gestossen wird, so ist um so größeres Gewicht darauf zu legen, daß die Vertreter der Wissenschaft an einem solchen Vorgehen keinen Antheil haben. Die Art, wie Dr. Boffe von dem Fakultätspruch geredet hat, muß den Eindruck hervorrufen, als ob auch die philosophische Fakultät in der den Minister „verfremden“ Zugehörigkeit eines Unversittlichkeitlehrers zur sozialdemokratischen Partei etwas Ungehöriges gefunden, und daß sie nur Nebenben getragen habe, grade die strenge Strafe der Remotion darauf zu sehen. Wie wir von einer in Unversittlichkeitsangelegenheiten gut unterrichteten Seite erfahren, ist der Sachverhalt umgekehrt gewesen. Die Fakultät hat zwar wegen mißverständlicher Äußerungen eine Verwarnung erteilt, aber dabei mit Nachdruck betont, daß sie aus der Zugehörigkeit eines Privatdozenten zur sozialdemokratischen Partei keinen Anlaß zum Einschreiten nehme, ja daß sie grundsätzlich die politische Stellung der Privatdozenten nicht prüfe. Dr. Boffe hat es vorgezogen, nur den einen Teil der Fakultätsverfügung zu verlesen, den anderen aber wegzulassen.“

Fahrradsteuer. Die erste Stadt in Deutschland, die eine Fahrradsteuer eingeführt, ist Braunschweig. In der dortigen Stadtordnungsetzung wurde der Antrag gestellt, zur Deckung von 154 000 Mk. für ein Verrentend 15 Mk. und für ein Damentaxi 20 Mk. Steuer zu erheben. Dieser Antrag wurde unterthut und der Steuerkommission zur Vorberatung übermiesen.

Eine Protestversammlung gegen die österreichischen Sprachverordnungen fand, arrangirt von den Antifemiten, am Sonntag in Dresden statt. Es waren die deutschen Abg. Zimmermann und Förster und sechs Mitglieder des österreichischen Reichsrath gleicher Richtung anwesend; den Oesterreichern hatte die Polizei nicht gestattet, das Wort zu nehmen. Die Versammlung beschloß nach entsprechenden Reden einen Protest gegen die Sprachverordnungen. Als darauf Abg. Zimmermann sich über die von der Polizei für die Versammlung getroffenen beschränkenden Anordnungen beklagte, erfolgte die polizeiliche Auflösung. Die „Vollst.“ meint nicht mit Unrecht: „Man können die ordnungsfähigen Antifemiten einmal sehen, wie den Sozialdemokraten zu Nutze ist, wenn ihre Versammlungen aufgelöst werden. Dagegen hat freilich kein Antifemite etwas einzumenden.“

Untern neuesten Kurs. Im Monat April wurde von deutschen Gerichten wegen politischer und Verbrechen erkannt auf 1904 Mk. Geld- und 15 Jahre, 4 Monate und 2 Tage Gefängnisstrafe.

Schweiz. Jürich, 8. Mai. Genosse Wullschlegel, welcher der nationalrätlichen Kommission zur Beratung des Besoldungsgesetzes, betreffend die eidgenössischen Beamten und Angestellten, angehört, veröffentlicht darüber einen Artikel im „Griatliener“. Aus demselben ist zu entnehmen, daß bei der Postverwaltung rund 8400, bei der Telegraphen- und Telephonverwaltung über 8000, bei der Zollverwaltung ca. 800 Personen als Beamte und Angestellte bedienstet sind und überdies ein 750 Mann fortes Grenzregiment unterhalten wird. Der Besoldungssatz hatte für die unterste der sieben Besoldungsklassen nur eine Maximalbesoldung von 2500 Franken pro Jahr vorgeschlagen, aber keinerlei Minimalanlaß. Auf Antrag Wullschlegers wurde nun ein Minimalanlaß von 1200 Fr. festgesetzt für volljährige und im ausführenden Dienste der Eidgenossenschaft stehende Angestellte. Gegenüber dem jetzigen Zustande bedeutet das Besoldungsgesetz, wie es aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen, einen wesentlichen Fortschritt. Die Summe der beschlossenen Erhöhungen beträgt 800 000 bis 900 000 Fr. und das Gesetz soll mit 1. Januar 1898 in Kraft gesetzt werden. Nicht einbezogen sind die Grenzwärter, deren Besoldungsverhältnisse auf Anregung Wullschlegers sich ebenfalls verbessert haben sollen. Dasselbe soll geschehen bezüglich der im Dienste der Bundesverwaltung (Telephondienst, Militärverwaltungen etc.) stehenden Arbeiter. Wullschlegel regte ferner an, allen unformirten Beamten und Angestellten die Uniform unentgeltlich zu liefern, was Bundesrath Dauer für die Grenzwärter in Aussicht stellte. Gar keine Gnade fand bei der Kommission der Gedanke Wullschlegers betreffs Schaffung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit (eine Art gemeinlicher Schiedsgerichte) zur Erledigung von Konflikten zwischen den Beamten und Angestellten des Bundes und ihren Vorgesetzten.

Franreich. Paris, 10. Mai. Im 4. Wahlbezirk von Breil fand eine definitive Deputirtenwahl statt, nachdem vor acht Tagen eine Stichwahl erforderlich geworden war. Es handelte sich um den Erst- des Admirals Ballon (Rp.). Gewählt wurde mit 4853 Stimmen der liberale Republikaner Pichon. Der sozialistische Kandidat Jourd erhielt 4167, der fortschrittliche Kandidat Picot 2475 Stimmen.

Paris, 10. Mai. Die Minister bielten heute früh im Glysé Ministercath ab. Danoutz machte Mittheilungen über die Verhandlungen zwischen den Grenzstädten seit der Witz Griechenland um Vermittelung. Dann beschäftigten sich die Minister mit dem Budget von 1898,

welches beinahe fertiggestellt ist und beim Wiederzusammentritt des Parlaments demselben vorgelegt werden soll, sowie mit anderen parlamentarischen Fragen, welche der Wiederzusammentritt der Kammer bedingt. Im Senat kommt die Revision der Strafprozessordnung, in der Kammer ein der Bank von Frankreich betreffendes Projekt zunächst zur Beratung. Am 22. Mai wird die Interpellation Jaurès über die Verhältnisse des Arbeiterbaus und der ländlichen Arbeiter diskutiert werden.

Rußland. Petersburg, 9. Mai. Die Aufhebung der ungerechten Paktsteuer ist von der Regierung angeordnet worden. Ausgenommen von dieser Maßregel blieben jedoch die Bewohner Polens. Das Paktwesen besteht in Rußland seit dem zweiten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts. Die Paktse sollten, wie eine Korrespondenz der „Frankf. Ztg.“ bemerkt, anfangs nur als Legitimation dienen, seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurden sie aber zur Verrechnung der Staatseinnahmen benutzt. Ihre größte Höhe erreichte die Paktsteuer zu Anfang dieses Jahrhunderts: für Kleinbürger und Bauern bis zu 6 Rubel, ein Pakt auf 3 Jahre bis zu 30 und ein Pakt auf 5 Jahren bis zu 70 Rubel Silber. Fortan werden nur noch 50 Kopeken für die Herstellung des Paktbüchleins erhoben. Damit wird die Freizügigkeit erheblich gefördert, was wohl auch der treibende Grund der Maßnahme ist. Die Steuer für Auslandspässe (10 Rubel für ein halbes Jahr) bleibt bestehen. Die Einkünfte aus der Paktsteuer haben in den letzten fünf Jahren zwischen 2 600 000 und 4 200 000 Rubel geschwankt.

Der griechisch-türkische Krieg. Die griechische Regierung hat der Arme das Vermittlungsangebot bekannt gegeben. Diese steht sehr demoralisirt in Konstantinopel. Die Boten der Friedensvermittlung sind nicht einig. Es ist die Idee aufgetaucht, nach Berlin einen Kongress einzuberufen. Die Türken können begreiflicher Weise die Notwendigkeit eines solchen nicht einsehen. Nur sie ist die Sache ganz klar. Sie sind die Sieger und bestimmen die Bedingungen für den Frieden, wenn Griechenland den Frieden wünscht. Die griechischen Truppen auf Kreta haben sich zur Rückkehr nach Griechenland eingeschiff.

Deutscher Reichstag. 22. Sitzung vom 11. Mai.

Schluß der 2. Sitzung am 11. Mai. Am Bundesratshaus: v. Bötticher, Graf v. Polenz. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs wegen anderweiter Bemessung der Wittmen- und Wittensgebühren. Zum Wort meldet sich Krauß. Der Gesetzesentwurf wird nach den Beschliessen zweiter Lesung unternommen angenommen, auch in der Gesamtsitzung genehmigt. Es folgt die erste Beratung eines zweiten Nachtragsetzes für das Jahr 1897/98.

Abg. v. Leipzig (Konf.) beantragt, den Nachtragsetz der Budgetkommission zu überweisen, um über die Beschaffung von Petitionsbüchern zu entscheiden. Es folgt die Beratung von Petitionsbüchern. Eine Petition, betr. die Rückzahlung von Beiträgen zur Amalialisirung und Altersversicherung an den Inhaber eines Dienstmännchens (Herr Rückert in Leipzig), wird dem Reichstag zur Berücksichtigung an die Budgetkommission zu überweisen, eingetretet sind, beschloß das Haus demgemäß, trotzdem Staatssekretär v. Bötticher und Direktor Boeblich lebhaften Widerspruch erhoben hatten.

Eine Petition auf Abänderung der Bräutigamsordnung für Kette wird dem Reichstag zur Berücksichtigung übermiesen. Eine Anzahl Petitionen beziehen sich auf den oblitirten Reichsminister v. Bötticher, beantragt die Kommission der Regierung zur Erlegung zu überweisen. Ein Zeitungsartikel über die größere Zeit dagegen aus. Die Petitionen werden auf Antrag der Kommission dem Reichstag als Material für die Erlegung übermiesen. Eine Petition des nationalliberalen Vereins in Köln a. Rh. die griechische Regierung der Regierung der Wahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land betreffend, die in Folge der Eingemeindung einer Reihe von Vororten in die Stadt Köln vermindert werden, wird dem Reichstag zur Berücksichtigung übermiesen. Die Kommission ist der Meinung gewesen, daß die zu Tage getretenen Unzulänglichkeiten, in Folge deren die Bewohner einzelner Kölner Vororte bei der letzten Wahl überhaupt unrepresented geblieben sind, im Laufe der gegenwärtigen Session nicht mehr behoben werden können, vielmehr ihre Behebung einer Neuorganisation aller Reichswahlkreise vorbehalten bleiben muß.

Einige weitere Petitionen sind ohne Besinn. Eine Anzahl von Petitionen, betr. Regierung der Steuererleichterung der Röhren, beantragt die Kommission der Regierung zur Erlegung zu überweisen. Abg. Graf Krim (Reichsp.) beantwortet die geordnete Befragung der Groß-, besonders der Kleinrenten, im Interesse der durch jene geschädigten mittleren und kleinen Müller. Abg. Rißched (Rp.) kommt auf die Beschuldigungen des Grafen Krim gegen die Berliner Röhren zurück, die sich jenseit auf Gelehrte bezogen, die der Herr beim Reichstag pflegte; der jetzt vom Grafen Krim beantragte, lehne es aber auch durchaus ab, für die Beschuldigungen, die Graf Krim vorgebracht, einzutreten. Somit fehlte immer noch ein Gesetzesmann für die Besetzung, daß die Berliner Röhren mißbräuchlich Weg verhalten. Die Berliner Röhren bezugnehmend machte mit der Regierung verhandeln, auf deren Urtheil in geschäftlichen Dingen ihnen etwas ankommt. (Braun! links)

Abg. Graf Krim hat daran fest, daß besonders von Ausland mit unterwerthigen Getreide nach Berlin kommt und dort für Lieferen erklärt wird. Herr Krim ist dabei sich ihm durchaus zur Verfügung gestellt; mit wem

er verhandelt, das gebe Herrn Rißched nichts an (Schreier!); er lehne es ab, alle seine Beschuldigungen zu nennen; eine Reihe von Aussagen gegen die Röhren seien überflüssig erhoben und unüberprüfbar gelassen, sie seien größtentheils natürlich. Eine Reihe von Urteilen lehnen es ab, ihre Namen für diese Erörterungen heranzuziehen, weil sie abhandeln den schmerzlichen Punkt seitens der Röhren zu beklagen hätten. Er behaupte die Unversittlichkeit, die Herr Rißched durch Nennung seines Namens erproben lassen; man habe ihn (Rißched) zur Nennung erzwungen. Aber der Schwereband gegen agrarische Unterwerthige kämpfe gegen ihn in einer Reihe, der nicht mehr parlamentarisch zu handhaben sei, man lasse sich vor der Röhrengeheim einer Kräuheren Drückfehler zu schämen können, die einer Röhren gleich kommen. Das ist ihre Komplexion! (Schreier! rechts)

Abg. Rißched: Was soll denn das ganze Getreide? (Graf Krim: Zum Leben Sie hoch nicht!) Graf Krim hat sich 3. erhoben, lehne Oberkammer zu nennen, und das ist nicht gegeben. Abg. Graf Krim: Ihr Getreide trifft den Arm der Sache nicht, nämlich daß das ausländische Getreide vielfach vertheuert ist. Für die Auslegung des Herrn Rißched, der große Theil der Getreide und Nahrungsmittel in der „Dred“ genommen, habe ich Augen. Abg. v. Korb (Reichsp.): Wenn je etwas fest steht und erwiesen ist, so sind es die Behauptungen des Grafen Krim über das in Berlin geleitete Getreide. Ich gebe es fahrlässig über die Hand, daß man in Berlin mittels minderwerthiger Waare den Auslandspreis auch für gute Waare drückt. Die Diskussion wird geschlossen, die Petition dem Reichstag zur Erlegung übermiesen. Zusatz: Bericht über die Verhandlung mit Rittmeister 2 Uhr (Kontag Bar (Cos) wegen Aufhebung des Reichspostbeschlusses über die Aufhebung des Reichspostbeschlusses über die Aufhebung des Reichspostbeschlusses (sogenannte kleine lex Demps).

Soziales.

Einem bedenklichen Standpunkt nahm das Gewerbegericht in Hamburg ein. Ein Väderegele klagte gegen die Konsum-Genossenschaftsbäder, weil er ohne Kündigung entlassen worden ist, auf Entschädigung. Das Gewerbegericht erklärte in dieser Bäderlei jedoch keinen auf Gewinn abzielenden gewerblichen Verein und erklärte sich daher für nicht zuständig. — Eine merkwürdige Auffassung! Selbstverständlich ist eine Genossenschaftsbäderlei ein Gewerbebetrieb im Sinne des Gesetzes.

Vom Wirren des Kapitalismus. In Neurobe in Schlesien kamen beim diesjährigen Kreis-Erntegeldschätz 865 junge Männer zur Vorkellung; davon wurden nur 187 für tauglich erklärt.

Achtundtag in Rußland. Seit zwei Jahren hat die Petition Altiengemeinschaft Venedorf u. Co. zu Baku in Kaukasus, im Zentrum der Petroleum-Industrie, für ihre Preiser und Vöhrarbeiter den Achtundtag eingeführt. Bis vor fünf Jahren herrschte auch in diesem Betriebe wie in allen anderen der Petroleum-Industrie der Zwölftundtag, der in die sechsstündigen Tages- und die sechsstündigen Nachtschicht getheilt. Es leuchtet ein, daß diese übermäßige Ausnutzung bei Ausübung so anstrengender Berufs, wie es die der Feiger und Vöhrarbeiter sind — letztere sind noch dazu Tag und Nacht allen Unbillen der Arbeiter untergeordnet — eine Erschöpfung der Arbeiter zur Folge hat, wodurch wieder jene häufigen Explosionen und Feuersbrünste herbeigeführt werden, die den Seidewerter der Unternehmer so empfindlich schädigen. Bildet doch die gewöhnliche Pflichtenfüllung der Feiger und Vöhrarbeiter die Hauptvoraussetzung für regelrechte und gemüthliche Durchführung des Unternehmens! Vor fünf Jahren führten nun Venedorf u. Co. verfuhrsweise den Achtundtag ein. Die Wirkung war eine überraschende: die Explosionen verminderten sich derartig, daß man vor zwei Jahren den Achtundtag einführt Tag und Nacht in 3 vierständigen Schichten getheilt und schließlich den Arbeitern nach je 8 Tagen der Arbeit einen vollständigen Ruhetag eingeräumt hat. Der Unternehmer findet, ohne daß er die Löhne etwas reduzierte, seinen Vortheil durch die Verminderung der Explosionen bei Verklärung der Arbeitszeit, und so drängte ihn sein eigenes Interesse auf den Weg der Reform. — Die offiziöse Zeitung für Handel und Industrie äußert sich hierzu folgendermaßen: „Es wäre müßsam, wenn diesen schönen Beispiel der Verbesserungen in allen Unternehmen der Petroleum-Industrie nachgeahmt würde und sich die Unternehmer weniger vor der Arbeitseiverkürzung, deren Vorthelle nur in der Einbildung bestehen, als vor den schädlichen Explosionen, die die lange Arbeitszeit zur Folge hat, fürchten wollten!“ So die russische Offiziöse. Wie tief stehen die deutschen Offiziösen samt Stamm und Konforten unter den Russen!

Aus Stadt und Land.

Bauhandwerker-Lohnbewegung. Dem Beispiel der Zähler folgten treten die Maurer und Bauarbeiter an die Baumeister mit der Forderung heran, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen und den Stundenlohn dementsprechend zu erhöhen. Die Ersteren verlangen also 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn. Die Letzteren 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 42 1/2 Pf. Stundenlohn. Außerdem verlangen sie bessere Einrichtung der Baubuden, Lohnauszahlung auf der Baustelle und Ausbänderung der Unfallversicherungsvorschriften. Die Forderung wird heute oder morgen den Unternehmern schriftlich zugestellt.

Einem bedenklichen Standpunkt nahm die in einem auswärtigen Blatte. Wer für seinen

